

Verkehrs- und Parkplatzlenkung. Der Petent wollte sehr viel, das ist mir klar, aber der Herr hat zum Schluss argumentiert, ich kann mich noch gut erinnern, dass diese informationsunterstützten Anwendungen die Zukunft seien, und man sich damit zumindest beschäftigen müsse. Er hat schlussendlich darum gebeten, hier in der Magistratsdirektion eine Kommission einzusetzen, um diese Themen zu behandeln. Wir konnten aber auch diese Empfehlung leider nicht geben. Deswegen nutze ich jetzt die Möglichkeit und gebe hier einen Antrag ein, nicht, um unser Parkraumbewirtschaftungsmodell hier einzubringen, sondern um einfach eine Studie zu fordern, die sich genau mit diesen Fragen beschäftigt, wie wir die Parkraumorganisation ins 21. Jahrhundert bringen. *(Beifall bei den NEOS.)*

Eine zweite inhaltliche Petition, auf die ich gerne eingehen möchte: „Wir wollen eine Entlastung der U6!“, das war damals der Titel der Petition. Da ging es darum, dass die U6 entlastet gehört. Wir wollen ein weiteres Verkehrsmittel entlang des Gürtels. Dazu mag man nun stehen, wie man will, beziehungsweise gibt es ja auch Evidenz, warum es vielleicht nicht ganz sinnvoll ist, das zweite Verkehrsmittel parallel zu führen. Die Wiener Linien haben auch gut argumentiert, warum das wahrscheinlich nicht so gescheit ist. Auch was das Fahren mit der U6 betrifft, hat wohl jeder sein subjektives Empfinden und kann da über eigene Erlebnisse berichten. Was man aber schon in der Mehrheit der Bevölkerung mitnimmt, ist: Es ist einfach viel los, die U6 ist überlastet, und da gehört eigentlich etwas getan.

In der abschließenden Begründung der Petition wurde darauf hingewiesen, dass die Auslastungswerte sagen, es passt eigentlich alles, das Angebot entspricht da ganz gut der Kundennachfrage, und dann wird noch gesagt, dass das Linienkreuz U2/U5 das sowieso entlasten wird. Das ist widersprüchlich: Einerseits heißt es, das brauchen wir nicht, auf der anderen Seite heißt es, das kommt eh und wird entlasten. Wir haben jedenfalls damals gemeint - und ich meine es auch weiterhin, deswegen bringe ich auch den Antrag ein -, dass man die U6 optimal entlasten könnte, indem man die bestehende Vorortelinie mit der Verbindungsbahn verknüpft und so eine schnelle Verbindung der Nordwest-Bezirke zum internationalen Fernverkehr nach Meidling schafft - das wird nämlich auch der Ausbau von U2 und U5 nicht schaffen. Dadurch hätte man einen enormen Vorteil. Deshalb bringe ich den Antrag ein, sich mit den ÖBB in Nachverhandlungen zusammensetzen, um diese Verknüpfung zu evaluieren und weiters auch den Bahnhof Brigittenau im Kornhäusel-Viertel, also eine Station, die im S45-Netz fehlt, zu realisieren.

Das war's von meiner Seite. Dann bleibt mir, zum Schluss noch einmal zu wiederholen, dass ich unser Diskussionsklima sehr schätze, dass mir aber die entscheidenden Schritte fehlen - und vor allem der Mut. Daher mein Appell: Lasst uns hier die Mutigen vorgehen und das Petitionsgesetz weiterentwickeln! - Danke. *(Beifall bei den NEOS.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Schwarz. Ich erteile es ihr.

GRin Sabine **Schwarz** (ÖVP): Vielen herzlichen Dank! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte mich an dieser Stelle herzlich bedanken für die wertschätzende und sehr offene Zusammenarbeit, die wir im Petitionsausschuss haben, dafür, dass wir immer wieder besprechen, welche Wege, welche Schritte, welche Stellungnahmen, und so weiter sinnvoll sind. Wir haben aber auch immer wieder darüber diskutiert, wie es der Petent sieht, wenn er durch diesen gesamten Prozess gelaufen ist, wie er sich betreut gefühlt hat, wie er mit dem Output zufrieden ist, denn ich glaube, dass das für unsere Arbeit ganz wichtig ist, um zu sehen, wohin wir uns weiterentwickeln und was wir ändern müssen.

Ich möchte Ihnen einen Brief vorlesen, den mir Herr Weinberger von der Bürgerinitiative „Pro Wilhelminenberg 2030“ geschrieben hat. Ich habe ihn nämlich gebeten, einfach sein Gefühl, das er nach diesem gesamten Procedere hatte - die haben ja 4.000 Unterschriften gesammelt - zu Papier zu bringen. Ich möchte Ihnen das gerne vorlesen. Ich zitiere aus diesem seinen Brief: „Das Fazit ist: Partizipative Bürgerbeteiligung und kooperativer Planungsprozess fand und findet in der Stadt Wien zum Projekt Gallitzinstraße 8-16 nicht statt. Der am 5. April 2018 präsentierte Antragsentwurf des Rohdrucks der Stadt Wien mit Bauträgerwunschlflächenwidmung für das Megabauprojekt ist eine Chuzpe, eine Verhöhnung der Anliegen der Grätzlbevölkerung im UNESCO-Biosphärenpark Wienerwald, sowohl inhaltlich als auch prozessual eine herbe Enttäuschung, visionslos mit Blick auf das von uns geforderte Perspektivenkonzept 2030 und die zahlreich geführten Gespräche mit allen Parteien zur Erreichung einer nachhaltigen Stadtplanung. Ignoriert werden 4.000 Unterstützungserklärungen für die 5 Forderungen der Bürgerinitiative ‚Pro Wilhelminenberg‘, eindeutiger Bürgerwille von über 82 Prozent der Bevölkerung für das Kompromisskonzept ‚Garten Liebhartstal - die Quelle Ottakrings‘, wiederholte Forderung nach weniger, niedriger, weniger dicht, und das Mitspracherecht der Bevölkerung und Bürgerbeteiligung.“

Zur Beendigung der Behandlung der Petition ‚Pro Wilhelminenberg 2030‘ mit dem Statement, die Behandlung begründet abzuschließen, da den vorliegenden Stellungnahmen zu entnehmen ist, dass bereits im bisherigen Prozess eine Einbeziehung der BürgerInnen erfolgt ist, ist auf Grund der nachgewiesenen Fakten, dass eben diese nicht stattgefunden hat, ein Schlag ins Gesicht der 1.000 Petitionsunterzeichner.

Seit der Sitzung am 30. Jänner 2018 sind fast drei Monate vergangen, in denen die Bürgerinitiative ‚Pro Wilhelminenberg 2030‘ wiederholt Terminvorschläge zum Gespräch aktiv an politische Verantwortliche und an die Bezirksvorstehung angeboten hat. Zum von der Bürgerinitiative alternativ entwickelten Entwurfskonzept samt Finanzierung mit minimaler permanenter Bodenversiegelung als Aushängeschild für Ottakring und für Wien gab es bis heute von den politischen Verantwortlichen keine Rückmeldung.

Appell an Michael Ludwig für Bürgerbeteiligung: Nach unzähligen Gesprächen mit allen politischen Vertretern aller Parteien auf Bezirks- und Landesebene ist nun nicht mehr viel zu erwarten. Die Wünsche und Vorschläge der Bevölkerung werden ignoriert, die Bauträger hingegen bekommen grünes Licht für ihre Wunschflächenwidmung. Wir zählen jetzt auf eine klare Stellungnahme des Bürgermeister-Kandidaten Michael Ludwig, als selbstbehaupteten Brückenbauer zwischen Anrainern und Anrainerinnen in den Grätzeln und der Stadt Wien, damit die Bevölkerung mehr Mitspracherecht und Beteiligungsrecht hat und sich die Bürgerinnen und Bürger wohl fühlen, wo sie wohnen, wie es Herr Ludwig im Interview mit Herrn Architekt Gustav Peichl zu dessen 90. Geburtstag formuliert hat. Mit Dank und besten Grüßen, Christian-André Weinberger.“ - Zitat Ende.

Ich glaube, dass uns das wirklich zu denken geben sollte, denn wir haben uns hier wirklich bemüht. Also ich glaube, wir haben wirklich, und das müssen wir sagen, viele Gespräche geführt, er hat mit allen Parteien gesprochen und wir haben die Stellungnahmen eingeholt. Aber was sagt uns das? Das ist anscheinend den BürgerInnen und Bürgern zu wenig. Stellungnahmen einholen ist zu wenig. Denn was bringt es denn? Was ist der Output davon? Da bin ich natürlich bei den NEOS, die sagen, dass wir es weiterentwickeln müssen, dass wir das im Gemeinderat sehr wohl diskutieren sollen, dass man auch Bürgerbeteiligung, jetzt abgesehen vom Petitionsausschuss, auch anders leben kann.

Die Petitionsträger, und zwar nicht nur der Herr Weinberger, haben wirklich das Gefühl, dass man ihnen etwas vortäuscht, Interesse heuchelt, aber nichts dabei herauskommt. Der Output: Es gibt nichts, es sind die Stellungnahmen da und dann läuft es einfach so weiter. Die Petitionsträger fühlen sich nicht ernst genommen. Daran sollten wir wirklich arbeiten. Wir sollten fraktionsübergreifend darüber nachdenken, wie man den Petitionsausschuss weiterentwickeln kann, denn wir sehen: Es hat zwar einmal mit 43 Petitionen im Jahr angefangen, und jetzt sind wir bei 15. Um uns nicht selbst einmal abzuschaffen, müssen wir uns selbst einmal in Frage stellen: Warum gibt es den Petitionsausschuss, wenn für die Bürger und Bürgerinnen nichts herauskommt?

Auch die Parkraumbewirtschaftung war Thema im Petitionsausschuss. Hierzu bringen wir auch einen Antrag ein, in dem wir unser Drei-Zonen-Modell wieder einfordern. - Vielen Dank. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Dr. Kickert. Ich erteile es ihr.

GRin Dr. Jennifer **Kickert** (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Berichterstatterin!

Ich bedanke mich für die konstruktive Form der Diskussion und auch die konstruktive Kritik, möchte aber auch unseren Diskussions- und Arbeitsstil in unserem Petitionsausschuss loben. Es freut mich, dass das anerkannt wird. Betreffend die Kritik beziehungsweise die Frage, wie die Petitionswerberinnen und Petitionswerber ihr Anliegen vertreten fühlen, möchte ich sagen: Da geht es sehr viel um Wahrnehmung und um Gefühle, und da

sind wir in einem Zwiespalt. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber was der Petitionsausschuss machen kann, ist, Empfehlungen an andere Stellen abzugeben. Die anderen Stellen müssen das umsetzen. Selbst wenn wir jetzt zum Beispiel Ihrem Vorschlag nachkommen sollten und mutiger - um in Ihre Sprache zu verwenden - Sachen fordern, die dann nicht umgesetzt werden würden, dann frage ich Sie, wie würde das dann bei den Petitionswerbern ankommen? Wahrscheinlich ähnlich frustrierend.

Das heißt, ich gebe zu, das, was Sie als mutlos titulieren, titulierte ich als umsetzungsorientiert, möglich umgesetzt zu werden. Es bezieht sich auf die Dinge, die in den Ressorts und in den betreffenden Verfahren auch tatsächlich umgesetzt werden können, und das ist der Unterschied. Wir versprechen den PetitionswerberInnen nicht, ihre Anliegen zu 100 Prozent umzusetzen. Das geht nicht, das wissen sie auch meistens. Trotzdem erwarten sie sich immer noch ein bisschen mehr.

In dem von Ihnen jetzt zitierten Brief und in der von Ihnen angesprochenen Petition Gallitzinstraße - die übrigens erst im nächsten Petitionsbericht sein wird, weil wir sie erst heuer abgeschlossen haben - hat der Petitionswerber einen ganz dezidierten Anspruch. Der Anspruch ist: Seine Bebauungsidee für ein Grundstück, das nicht ihm gehört, ist besser als das, was die Stadt plant. Ist okay, der Anspruch ist legitim. Trotzdem muss die Stadt sich überlegen: Ist das, was die Bauwerber auf ihren eigenen Grundstücken planen, in irgendeinem Gesamtinteresse für die Stadt, ja oder nein? Natürlich muss die Stadt dabei auch die Interessen der Anrainerinnen und Anrainer abwägen, aber der Petitionseinbringer kann nicht erwarten, dass sein Vorschlag in einem normierten Verfahren gleichgewichtet bearbeitet wird wie ein Ansuchen um Änderung einer Flächenwidmung und ein Bauansuchen. Das geht sich nicht aus. Man kann aber natürlich die Anliegen abwägen. Was wir empfohlen haben, war eine Weiterführung der Information und das Durchführen der Runden Tische, was ja der Bezirksvorsteher in seiner Stellungnahme angeboten hat. Dass das so lange gedauert hat, bedaure ich auch, nur liegt das nicht im Einflussbereich der Mitglieder des Petitionsausschusses, es liegt nicht im Einflussbereich der Mitglieder dieses Gemeinderates. Also, da ist das Spannungsverhältnis noch einmal deutlich gemacht.

Sie haben gefragt, Frau Kollegin Schwarz, wofür es Stellungnahmen gibt. Die Stellungnahmen werden eingeholt, um die jeweiligen Grundlagen des Anliegens aus Sicht der damit befassten Organe darzulegen. Die Stellungnahmen sind dazu da, um uns als Entscheidungsgrundlagen zu dienen, damit wir Fakten erläutert bekommen. Erinnern Sie sich übrigens an eine Petition aus diesem Bericht 2017, nämlich „Rettet das ehemalige Hotel National“? Da ging es darum, dass ein Petitionswerber den Abriss des Hauses in Taborstraße 18 verhindern möchte. Damals waren eine Stellungnahme vom Betreiber des Krankenhauses der Barmherzigen Brüder, eine Stellungnahme des Bundesdenkmalamtes und die Stellungnahmen der zuständigen Stadträtin für Stadtentwicklung ausschlaggebend dafür, dass wir uns als Mitglieder des Petitionsausschusses ein Bild machen konn-

ten, in welchem Rahmen wir uns überhaupt bewegen können. Damit wir als Mitglieder des Petitionsausschusses erfahren, was die Anliegen des Bauwerbers, nämlich des Betreibers des Krankenhauses, sind und warum der Umbau überhaupt geplant ist, dafür sind die Stellungnahmen da. Die Stellungnahmen sind natürlich auch interessant für die Petitionswerberinnen und Petitions werber, deswegen veröffentlichen wir sie.

Kleiner Sidestep zum Antrag der Kollegin Emmerling, den Petitionsbericht zu erweitern: Ich frage noch einmal: Was ist der Mehrwert, in einem Sammelband eine bereits veröffentlichte Information noch einmal zu veröffentlichen?

Wir haben in diesem Jahresbericht zu den Petitionen kurz und knapp das zusammengefasst, was Petitionen in einem Jahr waren - mit ein wenig Statistik dazu. Sie wollen jetzt die Stellungnahmen, die bereits veröffentlicht sind, noch hineintun. Sie wollen die Protokolle, die ebenfalls veröffentlicht sind, auch hineintun. Ich weiß nicht, wie oft Sie die Protokolle lesen, aber Protokolle lesen ist fad. Schauen Sie sich den Bericht vom Jahr 2013 und von 2014 an, fast 200 Seiten. Wenn Sie wissen wollen, worum es in diesen Petitionen gegangen ist, müssen Sie immer 5, 6, 7, 8, 10 Seiten vorblättern, bis Sie dann zur nächsten Petition kommen und überspringen damit all das, was Sie eh schon kennen. Ich weiß, für Sie, vielleicht für andere, ist so ein Summary interessant. Ich nehme an, dass bei den PetitionswerberInnen und deren Unterstützerinnen und Unterstützern das Interesse hauptsächlich auf ihr Anliegen fokussiert ist, auf ihre Petition, auf die Petition, die sie unterstützt haben. Ich glaube nicht, dass alle Menschen, die jetzt eine Petition unterschrieben haben, sich tatsächlich auch alle anderen anschauen. Sie werden sich das herausuchen, was sie interessiert. Das können sie auf der Petitionsplattform, das können sie gut online. Wir versuchen, ihnen da sämtliche Informationen, die auch wir haben, zur Verfügung zu stellen. Deswegen glaube ich eigentlich nicht, dass es tatsächlich für die Wienerinnen und Wiener einen Mehrwert bringt. Alle Information ist schon da und zwar viel früher, als es eine Zusammenfassung im Petitionsbericht machen würde.

Um auch ein Gefühl dafür zu haben, in welchen Bandbreiten sich diese Petitionen bewegen - wir reden interessanterweise oder vielleicht nicht interessanterweise ja immer nur über jene Petitionen, deren Anliegen kaum erfüllt werden konnten, weil das Anlass zur Kritik, Anlass zur Enttäuschung bringt. Ja, das verstehe ich. Aber es gibt auch Petitionen, bei denen das Anliegen der PetitionswerberInnen schon während der Unterschriftensammlung umgesetzt wird oder die Befürchtung, dass etwas kommt, gar nicht stattfindet. Also jetzt sag' ich, Haschahof ist so ein Beispiel. Da gab es große Aufregung darüber, dass der Haschahof eventuell abgerissen werden könnte. Da wurde schon kurz nachdem die Petition eingebracht worden ist, klar gemacht, dass der Haschahof nicht abgerissen wird. Trotzdem haben wir diese Petition behandelt. Trotzdem haben wir auch mit dem Petitionswerber gesprochen und eine Empfehlung ausgesprochen, die eine gewisse Sicherheit bringt, näm-

lich möglichst viel Information über die zukünftigen Planungsschritte für die anrainende, für die lokale Bevölkerung und auch für die zukünftigen Nutzungen eine Einbindung der Bevölkerung vorsieht.

Was wir aber auch haben, und das ist im Jahr 2017 häufiger aufgefallen als in den vorigen Jahren, ist, dass Petitionen zu einem Zeitpunkt eingebracht werden, wo die politischen Entscheidungen schon getroffen worden sind. Da nehme ich speziell die Petition zu einer Befragung zum Parkpickerl in Favoriten. Das ist ein Fall, wo wir dem Petitionswerber so weit Respekt für sein Anliegen entgegenbringen konnten, indem wir ihn eingeladen und mit ihm sein Anliegen diskutiert haben. Nur, es war bereits auf sämtlichen politischen Ebenen beschlossen. Die Petition ist im April 2017 eingebracht worden, der dazugehörige Beschluss ist bereits ein dreiviertel Jahr vorher im Bezirk gefallen, nämlich im Juni 2016, und die Maßnahme war bereits in der Umsetzung. Das heißt, die Umsetzung war für Anfang September 2017 geplant, und wir haben seine Petition beziehungsweise mit ihm auch erst Anfang September 2017 sprechen können. Da kann der Petitionsausschuss genau nichts bewirken, außer dem Anliegen so weit Respekt zu zollen, wie es passiert ist. Ebenso passiert es, dass Petitionen eingebracht werden, sag' ich jetzt einmal, wo der Petitionswerber - wie sag' ich das am besten? - offensichtlich nicht ausreichend oder vollständig informiert ist. Jedenfalls muss ich das aus seiner Argumentation entnehmen. Da ist zum Beispiel „Rettet die Linie 58“, wo der Ersatz der Linie 58 durch die Linie 60 speziell auf den 15. Bezirk hin mit einer Verschlechterung der Versorgung argumentiert worden ist, weil der Entfall der Linie 58 dem Petitions werber so vorgekommen ist, als ob er jetzt nur mehr eine Linie auf der Strecke hat und nicht weiterhin zwei. Nur dass die zukünftige Linie halt die Linie 60 sein wird.

Bei der Parkraumorganisation Neu denke ich auch, dass da eine spannende Petition zugegebenerweise mit einem gewissen Eigeninteresse war, weil jetzt diese IKT-gestützte - wie nenn' ich das? - Parkraumbewirtschaftung, das Leitsystem, nicht nur ein Steckenpferd des Petitionswerbers ist, sondern auch sein geschäftliches Interesse. Aber auch das ist vollkommen legitim. Nur muss da in der Vorbereitung der Möglichkeiten auf der Verwaltungsebene auch sehr viel mehr passieren, als wir über den Petitionsausschuss empfehlen können, weil wir, wie gesagt, in dem Fall nur Empfehlungen aussprechen können.

Es gibt noch sehr, sehr vieles zu sehr, sehr vielen anderen Petitionen zu sagen. Eine der Petitionen, bei der ich das Gefühl habe, dass eigentlich schon im Vorfeld relativ viel passiert ist und der Petitions werber sehr zufrieden war, über die Petition und über die Stellungnahmen die Information zu erhalten, die er haben möchte, war Neustart Nordwestbahnhofgelände. Da hat der Petitions werber das Gefühl gehabt, da wird auf einem Leitbild aus dem Jahr 2005 gebaut. Das kann doch nicht sein, dass man im Jahr 2017 auf Planungen von 2005 anfängt zu bauen. Im Rahmen der Stellungnahmen ist ihm dann klar gemacht worden, dass es eine Überarbeitung des Leitbildes gegeben hat, dass es sehr, sehr viele

andere Prozesse gegeben hat und er die Möglichkeit hat, die Ergebnisse all dieser Prozesse auch zu erhalten. Auch da die Empfehlung, einen ständigen Informationspunkt auf diesem Gelände einzurichten, damit es eine laufende Information über die weiteren Planungen in diesem Gebiet geben kann.

Wir haben sogar ein Thema in einer Petition besprochen, das in den letzten Tagen für Aufregung gesorgt hat, nämlich der Wunsch nach einem Alkoholverbot am Praterstern. Da, finde ich, war die Diskussion im Petitionsausschuss extrem konstruktiv, weil wir ein Abwägen der unterschiedlichen Ansätze durchgeführt haben und auch da zu einer Empfehlung gekommen sind, die alles umfasst hat. Falls Sie sich erinnern können, wir haben der zuständigen Stadträtin empfohlen, weiterhin Maßnahmen auf unterschiedlichen politischen Ebenen, also unterschiedliche Politiken anzuwenden, nämlich sozialarbeiterische, medizinische und andere Präventivmaßnahmen, aber natürlich auch nötige ordnungspolitische Maßnahmen zu setzen.

Ich würde mir wünschen, dass wir diese Form der Diskussion und Abwägung von Anliegen und auch von politischen Zielrichtungen vielleicht über den Petitionsausschuss hinaus umsetzen könnten. Das wäre jedenfalls ein Politikstil, der mir liegt. Ich weiß, dass er von den meisten hier nicht gepflegt wird. Aber ich glaube, dass auch das eher im Sinne der Bürgerinnen und Bürger wäre als das Politschauspiel, das wir uns sonst immer geben.

Zu den Fragen, die zur Weiterentwicklung des Petitionsrechts gestellt worden sind, möchte ich darauf verweisen, dass wir ja Besprechungen dazu haben. Dass wir uns demnächst wieder zu den fraktionsinternen Besprechungen der aufgeworfenen Fragen treffen werden. Dass wir aber schon relativ weit in der Abwägung gekommen sind, ob wir die Anwesenheit der Petitionswerber für sie ein wenig weniger aufregend gestalten können, indem wir ihnen nämlich erlauben, Begleitpersonen mitzunehmen, damit sie sich nicht alleine einem Ausschuss von mehr als 20 Personen, nämlich ihnen unbekannt Personen, stellen müssen. Auf dieser Ebene werden wir sicherlich weitere Verbesserungen machen können.

Eines möchte ich aber trotzdem sagen: Der Petitionsausschuss ist kein Ersatz dafür, dass bei Planungen von politischen Entscheidungen welcher Art auch immer die Menschen eingebunden werden. Der Petitionsausschuss ist kein Ersatz dafür, dass man auf Bezirksebene mit der Bevölkerung redet und sie zu welchen Beschlüssen auch immer oder zu welchen politischen Ideen auch immer einbindet. Er ist kein Ersatz dafür, dass man auch hier im Gemeinderat Planungen umsetzt, in denen man vielleicht auf anderen Ebenen die Meinungen und die Anliegen in der Bevölkerung abholt. Es ist vor allem, und das fällt uns zwischendurch schon auch schwer, kein Mittel zur politischen Mobilisierung. Es gelingt nicht immer, aber ich höre nicht auf, dafür zu werben, die Anliegen der Bevölkerung als das zu nehmen, was sie sind, nämlich Anliegen, die wir ernsthaft bearbeiten sollen und sie nicht dazu zu verwenden, eigene parteipolitische

Interessen zu mobilisieren oder die Menschen zur Mobilisierung eigener parteipolitischer Interessen zu benützen. Das kriegen die Menschen nämlich früher oder später auch mit und dann ist das Mittel der Petition gleich tot. Es wäre schade drum, finde ich. Danke. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Dr. Wansch. Ich erteile ihm das Wort.

GR Mag. Dr. Alfred **Wansch** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Berichterstatterin! Sehr geehrte Damen und Herren hier im Saal und vor den Bildschirmen!

Ich muss an dieser Stelle wieder darauf hinweisen, dass SPÖ und GRÜNE aus unerfindlichen Gründen die Übertragung der Gemeinderatssitzungen im Fernsehen, aber auch die Speicherung und Zurverfügungstellung des Livestreams dieser Sitzung ablehnen. Ich lade Sie daher ein, den Livestream dieser Sitzung auf unserer Homepage „www.fpoe-wien.at“ zu jeder Ihnen genehmen Zeit anzusehen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Damit sind wir eigentlich schon mitten im Thema, weil es um Bürgerbeteiligung geht, es geht um Bürgermitbestimmung. Voraussetzung für Bürgerbeteiligung und Bürgermitbestimmung ist Transparenz, Transparenz als volle Information für jeden Bürger, für jede Bürgerin. Das Mindeste, das sich die Wienerinnen und Wiener an Transparenz erwarten können ist, dass sie die Beschlussfassungen, besonders aber auch die Debatten hier im Gemeinderat, also den Austausch der Argumente, zu jeder ihnen genehmen Zeit mitverfolgen können. Nur auf dieser Grundlage voller Information ist Meinungsbildung und in der Folge Mitentscheidung für Bürgerinnen und Bürger möglich und damit unabdingbar.

Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von SPÖ und GRÜNEN! Es stellt sich die Frage: Was haben Sie zu verstecken? Was darf vom Wirken hier im Gemeinderat nicht nach außen dringen? Gerade beim gegenständlichen Tagesordnungspunkt, Jahresbericht 2017, über die Behandlung der in diesem Jahr abgeschlossenen Petitionen ist die Antwort zu der Frage nach den Gründen für die rot-grüne Flucht vor den Bürgern klar auf dem Tisch. Im Ergebnis gibt es zwei Antworten zu dieser Frage:

Die Qualität des Berichtes.

Das gezielte Begräbnis des Petitionsrechtes in Wien auf Raten.

Ich beginne meine Erklärung, meine kurze Erklärung mit der Antwort 2: Das gezielte Begräbnis des Petitionsrechtes in Wien durch die rot-grüne Stadtregierung. Wir verfolgen mit Sorge, und es ist heute schon mehrmals angesprochen worden, dass immer weniger Petitionen eingebracht werden. Was ist der Grund, dass Wienerinnen und Wiener ihre Anliegen nicht mehr an die demokratischen Entscheidungsträger heranbringen? Es werden nicht einmal rote oder grüne Gemeinderatskollegen glauben, dass der Grund dafür ist, dass die Wienerinnen und Wiener keine Anliegen haben, weil Rot-Grün so gut regiert in Wien. Das wird keiner glauben. Der wirkliche Grund ist, dass die Menschen miterlebt haben und miter-

# Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

20. Wahlperiode

35. Sitzung vom 27. April 2018

## Wörtliches Protokoll

### Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Gemeinderätinnen bzw. Gemeinderäte	S. 5	GR Dip.-Ing. Martin Margulies	S. 33
		StRin Ursula Schweiger-Stenzel	S. 35
		GR Ernst Woller	S. 38
2. PGL-249336-2018-GAT: Einbringung des Antrages auf Einsetzung einer Untersuchungskommission betreffend "Klärung der Projekt-, Kosten- und Terminentwicklung des Krankenhauses Nord"	S. 5	GRin Dipl.-Ing. Elisabeth Olischar, BSc	S. 41
		GRin Dr. Jennifer Kickert	S. 44
		GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc (tatsächliche Berichtigung)	S. 46
		GRin Dr. Jennifer Kickert (tatsächliche Berichtigung)	S. 46
3. Fragestunde		GR Georg Fürnkranz	S. 47
1. Anfrage (FSP-349985-2018-KSP/GM)	S. 5	GRin Mag. Sybille Straubinger, MBA	S. 48
2. Anfrage (FSP-237706-2018-KNE/GM)	S. 9	GR Dkfm. Dr. Fritz Aichinger	S. 50
3. Anfrage (FSP-351175-2018-KVP/GM)	S. 10	GRin Mag. Barbara Huemer	S. 51
4. Anfrage (FSP-236763-2018-KFP/GM)	S. 12	GRin Mag. Beate Meinel-Reisinger, MES	S. 52
5. Anfrage (FSP-350083-2018-KSP/GM)	S. 15	StRin Ursula Schweiger-Stenzel (tatsächliche Berichtigung)	S. 54
		GR Mag. Gerald Ebinger	S. 55
		Berichterstatterin GRin Katharina Schinner	S. 56
		Abstimmung	S. 56
4. AST-358564-2018-KFP/AG: Aktuelle Stunde zum Thema "Fördert die Wiener SPÖ Kriegsspiele in Wiener Moscheen mit Steuermitteln?" Rednerinnen bzw. Redner:		10. 214451-2018-GKU; MA 7, P 6: Verein zur Förderung der Stadtbenutzung; Subvention	
GR Anton Mahdalik	S. 18	214539-2018-GKU; MA 7, P 11: Verein Wiener Stadtfeste; Subvention	
GRin Mag. Beate Meinel-Reisinger, MES	S. 19	220951-2018-GKU; MA 7, P 12: Verein Wiener Kulturservice; Subvention	
StR Dr. Markus Wölbitsch, MIM	S. 20	Berichterstatterin GRin Susanne Bluma	S. 57
GR David Ellensohn	S. 21	Rednerinnen bzw. Redner:	
GR Mag. Marcus Gremel	S. 22	GR Mag. Gerald Ebinger	S. 57
GR Christoph Wiederkehr, BA	S. 23	GR Christoph Wiederkehr, BA	S. 58
GRin Sabine Schwarz	S. 24	GR Petr Baxant, BA	S. 59
GR Peter Kraus, BSc	S. 24	Abstimmung	S. 59
VBgm Dominik Nepp, MA	S. 25		
GRin Mag. Nicole Berger-Krotsch	S. 26	11. Ordnungsruf an GR Peter Kraus, BSc	S. 59
5. Ordnungsruf an GR Mag. Marcus Gremel	S. 23		
6. Mitteilung des Einlaufs	S. 27	12. 247441-2018-GKU; MA 7, P 13: Israelitische Kultusgemeinde Wien; Subvention	
7. Gemäß § 26 WStV ohne Verhandlung angenommene Anträge des Stadtsenates	S. 27	Berichterstatterin GRin Susanne Bluma	S. 59
		Rednerin bzw. Redner:	
		GR Peter Florianschütz	S. 59
		GR Mag. Gerald Ebinger	S. 60
		GR Mag. Manfred Juraczka	S. 60
		GR David Ellensohn	S. 61
		GR Christoph Wiederkehr, BA	S. 62
		StRin Ursula Schweiger-Stenzel	S. 62
		Amtsf. StR Dr. Andreas Mailath-Pokorny	S. 63
		Abstimmung	S. 65
8. Umstellung der Tagesordnung	S. 27		
9. 249353-2018-GKU; MA 7, P 18: Bau- und Investitionskostenzuschuss für das Projekt "Wien Museum Neu" 261228-2018-GKU; MA 7, P 23: Memorandum of Understanding betreffend Errichtung eines Universitätscampus für die Central European University (CEU) auf dem Otto-Wagner-Areal in Wien 14		13. Debatte zum Antrag auf Einsetzung einer Untersuchungskommission des Wiener Gemeinderates betreffend "Klärung der Projekt-, Kosten- und Terminentwicklung des Krankenhauses Nord"	
Berichterstatterin GRin Katharina Schinner	S. 27	Rednerinnen bzw. Redner:	
Rednerinnen bzw. Redner:		GR Christian Oxonitsch	S. 65
GRin Mag. Beate Meinel-Reisinger, MES	S. 27	GRin Mag. Beate Meinel-Reisinger, MES	S. 67
StR Dr. Markus Wölbitsch, MIM	S. 31		

GRin Ingrid Korosec	S. 69	Job-TransFair gemeinnützige GmbH;	
GR David Ellensohn	S. 71	Subvention	
VBgm Dominik Nepp, MA	S. 74	Berichterstatter GR Christian Hursky	S. 111
GR Dr. Kurt Stürzenbecher	S. 76	Rednerinnen bzw. Redner:	
GR Christian Oxonitsch		GR Christoph Wiederkehr, BA	S. 111
(zur Geschäftsordnung)	S. 78	GRin Mag. Caroline Hungerländer	S. 111
GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan Gara	S. 78	GRin Mag. Barbara Huemer	S. 112
GRin Mag. Caroline Hungerländer	S. 80	GRin Safak Akcay	S. 112
GRin Brigitte Meinhard-Schiebel	S. 81	GR Gerhard Haslinger	S. 113
GR Wolfgang Seidl	S. 81	Berichterstatter GR Christian Hursky	S. 113
GR Dr. Günter Koderhold	S. 83	Abstimmung	S. 113
GR Dipl.-Ing. Martin Margulies			
(tatsächliche Berichtigung)	S. 85	21. 232968-2018-GIF; MA 56, P 3:	
14. 214047-2018-GKU; MA 7, P 14:		Schulsanierungspaket II (SUSA II)	
echo event ges.m.b.h., Subvention		Berichterstatter GR Mag. Marcus Gremel	S. 113
Berichterstatter GR Ernst Woller	S. 85	Rednerin bzw. Redner:	
Rednerinnen bzw. Redner:		GR Christoph Wiederkehr, BA	S. 113
GRin Mag. Ulrike Nittmann	S. 85	GRin Sabine Schwarz	S. 114
GRin Martina Ludwig-Faymann	S. 86	GR Heinz Vettermann	S. 114
GR Dipl.-Ing. Martin Margulies	S. 87	Abstimmung	S. 114
GR Anton Mahdalik			
(tatsächliche Berichtigung)	S. 87	22. 248771-2018-GIF; MA 56, P 4:	
Abstimmung	S. 87	1) Erweiterung der Volksschule und Neu-	
		bau einer Neuen Mittelschule in 22., Meiß-	
		nergasse 1	
15. 170675-2018-GKU; MA 7, P 15:		2) Projektmanagementleistungen durch	
Kunst im öffentlichen Raum GmbH; Sub-		die WIP - Wiener Infrastruktur Projekt	
vention		GmbH	
Berichterstatterin GRin Susanne Bluma	S. 87	Abstimmung	S. 115
Rednerinnen:			
GRin Mag. Ulrike Nittmann	S. 87	23. 146246-2018-GGU; MA 58, P 30.	
GRin Katharina Schinner	S. 88	Landwirtschaftskammer Wien; Subvention	
Abstimmung	S. 88	Berichterstatterin	S. 115
		GRin Waltraud Karner-Kremser, MAS	
16. 247510-2018-GKU; MA 7, P 17:		Rednerinnen bzw. Redner:	
Verein ZOOM Kindermuseum; Subvention		GRin Mag. Bettina Emmerling, MSc	S. 115
Abstimmung	S. 88	GRin Dipl.-Ing. Elisabeth Olischar, BSc	S. 116
		GR Michael Eischer	S. 116
17. 187391-2018-GSK; MA 65, P 45:		GR Ernst Holzmann	S. 117
Bericht über die im Jahr 2017 abgeschlos-		Abstimmung	S. 118
senen Petitionen			
Berichterstatterin		24. 259599-2018-GGS; MA 70, P 25.	
GRin Mag. Nina Abrahamczik	S. 88	1) Gebührenschildnererklärung 2018	
Rednerinnen bzw. Redner:		2) Festsetzung der Gebühren gemäß § 30	
GRin Mag. Bettina Emmerling, MSc	S. 88	Abs. 4 des Wiener Rettungs- und Kran-	
GRin Sabine Schwarz	S. 90	kentransportgesetzes	
GRin Dr. Jennifer Kickert	S. 91	Berichterstatter GR Peter Florianschütz	S. 119
GR Mag. Dr. Alfred Wansch	S. 93	Rednerin bzw. Redner:	
GR Mag. Josef Taucher	S. 95	GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan Gara	S. 119
GRin Mag. Beate Meinel-Reisinger, MES	S. 97	GRin Ingrid Korosec	S. 120
GR Wolfgang Seidl	S. 99	Berichterstatter GR Peter Florianschütz	S. 121
GR Markus Ornig, MBA	S. 100	Abstimmung	S. 121
GR Stefan Berger	S. 101		
GR Christoph Wiederkehr, BA	S. 103	25. 227295-2018-GWS; MA 69, P 33.	
GR Karl Baron	S. 104	Verkauf eines Grundstückes KatG Süßen-	
GR Markus Ornig, MBA		brunn, 22., Alte Straße 4a	
(tatsächliche Berichtigung)	S. 105	249224-2018-GWS; MA 69, P 35:	
GRin Mag. Beate Meinel-Reisinger, MES	S. 105	Verkauf der Grundstücke Nr. 339/42 und	
GRin Mag. Bettina Emmerling, MSc	S. 105	Nr. 339/30, KatG Süßenbrunn, Alte Stra-	
GRin Birgit Hebein	S. 105	ße 4	
GR Mag. (FH) Alexander Pawkowicz	S. 107	Abstimmung	S. 121
GR Christian Hursky	S. 108		
GR Stefan Berger	S. 109	26. 248751-2018-GWS; MA 69, P 34.	
Berichterstatterin		Baureifgestaltung der Liegenschaft EZ	
GRin Mag. Nina Abrahamczik	S. 109	6678, KatG Großjedlersdorf II; Verkauf	
Abstimmung	S. 110	einer Teilfläche des Grundstückes	
		Berichterstatter GR Peter Florianschütz	S. 121
18. Ordnungsruf an		Redner:	
GR Christoph Wiederkehr, BA	S. 103	GR Michael Niegl	S. 121
		GR Mag. Marcus Schober	S. 122
19. 1084190-2017-GFW; MA 5, P 43:		Abstimmung	S. 123
Änderung der Bezirksmittelverordnung			
Berichterstatter GR Friedrich Strobl	S. 110	27. 253570-2018-GWS; MA 69, P 37.	
Redner:		1) Festsetzung des Preises für eine Eigen-	
GR Heinz Vettermann	S. 110	tumsübertragung für Liegenschaften be-	
Abstimmung	S. 111	treffend geförderten Wohnbau	
		2) Festsetzung des Bauzinsesz bei Bau-	
20. 1013755-2017-GIF; MA 17, P 1:		rechten betreffend geförderten Wohnbau	

---

Abstimmung	S. 123	29. 122252-2018-GWS; MA 34, P 39. PPP-Projekt "Bildungscampus Nordbahnhof"	
28. 263858-2018-GWS; MA 69, P 38. Schenkungs- und Dienstbarkeitsvertrag betreffend Neugestaltung und Erweiterung des Wien Museums		Berichterstatterin GRin Barbara Novak, BA	S. 123
Abstimmung	S. 123	Rednerin bzw. Redner: GR Mag. Günter Kasal	S. 123
		GRin Waltraud Karner-Kremser, MAS	S. 123
		Abstimmung	S. 123